

# Ein Kind, eine Stimme

## Stimmrecht ab Geburt

Lea Ingber Dienstag, 15. Juli 2014



Kinder werfen für ihre Eltern die Stimmzettel in die Urne (Parlamentswahlen 2011). Dies könnte sich in Zukunft ändern: Die Kinderlobby Schweiz verfolgt die Vision eines uneingeschränkten Stimm- und Wahlrechts für Kinder.

**Kinder sollen in der Schweiz von Geburt an abstimmen dürfen. Sitzt dann vielleicht ein Baby im Bundesrat? Natürlich nicht. Wie die Vision umgesetzt werden soll und was Kritiker davon halten.**

Kinder und Jugendliche partizipieren zu wenig an der Schweizer Politik. Zu diesem Schluss kommen der Dachverband der Jugendorganisationen und der Dachverband der Jugendparlamente in der [Studie](#), die diese

Woche publiziert wurde. Abstimmungsanalysen belegen zudem, dass unter 30-Jährige ihre Stimmzettel seltener ausfüllen als ältere Generationen.

## Demokratie aktiv erlernen

Eine Lösung könnte ein uneingeschränktes Stimm- und Wahlrecht von Geburt an sein. Davon überzeugt ist die [Kinderlobby](#) Schweiz. Analog zum demokratischen Grundprinzip «Ein Mensch, eine Stimme» fordert der Verein, dass auch Kinder eine politische Stimme erhalten. «Wir versprechen uns von einem Kinderstimmrecht eine nachhaltigere und familienfreundlichere Politik», sagt Annelies Münch, Co-Präsidentin der Kinderlobby. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Jung und Alt setze sich in der Regel die ältere Wählerschaft durch. Dank der zusätzlichen Stimmen der Kinder könne dieses Ungleichgewicht besser ausbalanciert werden, so Münch. Parteien wären gezwungen, ihre Programme stärker an den jungen Wählern zu orientieren und progressive Themen stärker zu gewichten. Kinder würden die politischen Prozesse zudem aktiv erlernen. So liesse sich ein verantwortungsvoller Umgang mit dem eigenen Stimm- und Wahlrecht etablieren, argumentiert Münch. Natürlich könne ein Kind dieses Recht nicht von Geburt an selber ausüben. Die Eltern sollen diese Aufgabe für ihr Kind treuhänderisch übernehmen. «Wann der Übergang von der stellvertretenden zur persönlichen Stimmabgabe erfolgt, wäre eine familieninterne Entscheidung», sagt Münch.

Anmerkung der Redaktion: Durch Scrollen können Sie sich in die interaktive Schweiz-Karte reinzoomen. Die Markierungen haben verschiedene Farben – bitte anklicken! Hinter den roten Punkten verbergen sich konkrete Projekte, die in den kommenden Jahren realisiert werden, hinter den blauen Köpfe, Ideen und Visionen. Hinter den grünen Punkten verstecken sich Hinweise unserer Leserinnen und Leser. Und: Falls nicht das ganze Textfenster sichtbar wird, können Sie die Karte nach unten ziehen. Ausserdem: Sollte die Karte auf Ihrer App nicht angezeigt werden, benutzen Sie bitte die mobile Version.

Die Vision der Kinderlobby polarisiert. Ein Stimmrecht für Kinder löse bei vielen «einen Abwehrreflex» aus, erklärt Thomas Handschin, Verfasser einer Studie über das Kinderstimmrecht. Verfügen Kinder über die kognitiven Fähigkeiten, um politische Sachverhalte zu verstehen? Haben Kinder einen genügend grossen Wissenshintergrund? Und überhaupt, sitzt dann womöglich noch ein Baby im Bundesrat?

Von diesen Einwänden lassen sich Münch und Handschin nicht entmutigen. Das Kinderstimmrecht sei ein Fernziel, der Weg bis dahin lang und gepflastert mit Überzeugungsarbeit. Das zeigt auch ein Blick auf die politische Historie des Kinderstimmrechts. Bisher wurden alle parlamentarischen Vorstösse vom Tisch gefegt, zuletzt einen Vorstoss von Nationalrat Geri Müller (gps., Aargau) im Jahr 2008.

Der Bundesrat befand damals, dass ein Kinderstimmrecht nach geltendem Recht nicht umsetzbar sei. Andreas Glaser, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich, erklärt: «Das Kinderstimmrecht widerspricht der demokratischen Tradition der Schweiz.» Das Stimm- und Wahlrecht sei nicht übertragbar, auch nicht auf die Eltern. Zudem suggeriere die treuhänderische Regelung bloss eine politische Partizipation. Im Endeffekt könnten vor allem die Eltern ihre eigenen politischen Ansichten vervielfachen.

## Denken Sie mit uns die Zukunft!

**zas./sko.** Einen Sommer lang will die NZZ mit ihren Lesern die Schweiz der Zukunft entwerfen. Wir haben uns aufgemacht, visionäre Köpfe getroffen und Orte besucht, an denen die Schweiz von morgen gebaut wird. Machen Sie mit, und schicken Sie uns Ihre Visionen und Projekte.

Wir prüfen Ihre Hinweise und integrieren sie nach Möglichkeit in unsere interaktive Schweiz-Karte. Besonders spannende Ideen werden von unseren Korrespondentinnen und Korrespondenten, unseren Redaktorinnen und

Redaktoren journalistisch aufgegriffen. Das Vorgehen ist einfach: Sie schreiben uns [eine E-Mail an zurueckindiezukunft@nzz.ch](mailto:zurueckindiezukunft@nzz.ch) und schicken uns Ihre Kontaktdaten sowie einen kurzen Beschrieb Ihres Projektes / Ihrer Vision. Auch freuen wir uns über Bildmaterial.

## Keine Politik für Pensionäre

Eher als «Familienbonus» denn als «Kinderbonus» stuft auch Marion Nolde, Mitarbeiterin der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), das Kinderstimmrecht ein. Das Anliegen illustrierte einen gesellschaftlichen Wandel, der Kindern mehr Selbstbestimmung einräume. So wurde die Partizipation denn auch als eines der zentralen Postulate in der Strategie des Bundesrates auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpolitik definiert. Realistischer als ein Kinderstimmrecht sei die Verbesserung der bestehenden partizipativen Elemente, etwa in der Quartierentwicklung. «Zudem unterstützt die EKKJ eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre», sagt Nolde (siehe Zusatztext).

Das Stimmrechtsalter 16 sei zwar ein vielversprechender Anfang, aber keine definitive Antwort auf die fehlende Partizipation der Kinder, sagt Handschin. Man wolle eine zukunftsreiche Schweiz, keine Politik für Pensionäre oder politische Gesättigte. Mit der Etablierung des Kinderstimmrechts könne die Schweiz als Musterdemokratie auch international eine Vorbildfunktion einnehmen.

## Stimmrechtsalter 16

ing. · Das Stimm- und Wahlrecht ist an die gesetzlich geregelte Volljährigkeit gekoppelt, die mit dem Beginn des 18. Lebensjahrs erreicht wird. Im April sprach sich Bundespräsident Didier Burkhalter für ein Stimmrechtsalter 16 aus. Der Entscheid solle aber vorrangig auf lokaler und kantonaler Ebene gefällt werden. Bisher kennt Glarus als einziger Kanton ein Stimmrecht ab 16 Jahren. In mehreren anderen Kantonen wurden Vorlagen von Parlament oder Stimmvolk abgelehnt. SP-Nationalrat Mathias Reynard reichte im Juni ein Postulat zur Senkung des Stimmrechtsalters auf Bundesebene nach dem Vorbild Österreichs ein. Dort wurde 16-Jährigen bereits vor sieben Jahren das Stimmrecht zugesprochen. Die Grosse Kammer hat Reynards Postulat bisher noch nicht behandelt.

Anmerkung der Redaktion: Der obenstehende Artikel ist dank einem Leserhinweis entstanden.

## Mehr zum Thema

- [Sommer-Spezial](#)  
[Wir denken die Zukunft](#)  
Donnerstag, 3. Juli, 15:13

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.